Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 20 Pfg., vierteljährlich 2.10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 50 Pfg., vierteljährlich 2.40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Interessent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 68.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis 25 Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 15 Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 6spaltige Zeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 12 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Größere Platzvorschrift 25% Aufschlag oder Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemischtsame Anzeigen versch. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 61. | **Donnerstag den 14. März 1918.** | **77. Jahrg.**

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen vor Odessa.

Tschechentreue.

Recht erbauliche Geschichten sind es, über die unsere Truppenführer in der Ukraine aus dem Bandenkriege zwischen Kiew und Odessa zu berichten haben. Die maximalistischen Horden, die sich ihnen noch hier und da in den Weg stellen, bereiten keine großen Schwierigkeiten; es genügt meistens, gegen sie anzurennen, und sie laufen nach allen Himmelsrichtungen auseinander. Aber mehr und mehr stellen sich tschechische Truppenteile unseren Leuten zum Kampf. Sie sind eben erst aus den österreichischen Linien desertiert, zum Feind übergegangen, haben wohl Anschluß gefunden an gleichwertige Verbände, die sich schon bei früheren Gelegenheiten aus dem Staube gemacht haben, und ballen sich nun zu immerhin ansehnlichen Truppenkörpern zusammen, die, wo sie angepackt werden, mit dem Mute der Verzweiflung fechten. Denn welches Los sie nunmehr erwartet, da die Stunde der Vergeltung für ihren schmählichen Treubruch naht oder schon gekommen ist, kann ihnen natürlich keinen Augenblick zweifelhaft sein, wenn auch in einem Falle die Führer dieser edlen Banden die Ungeniertheit besaßen, um freien Abzug mit allen militärischen Ehren zu bitten. Ach nein, so leichten Kaufs wird man diese angenehmen Herrschaften doch nicht davonkommen lassen, der Kriegslohn, den sie redlich verdient haben, soll ihnen unverkürzt zuteil werden, und wenn wir auch an eine abschreckende Wirkung in diesem Falle nicht zu glauben vermögen, so wäre es doch unverzeihliche Schwäche, wollte man so unerhörten Landesverrat nicht nach Gebühr bestrafen.

Unerhört? Man kann es von den Tschechen doch eigentlich nicht behaupten. Was sie sich jetzt in der Ukraine an Treulosigkeit geleistet haben, das haben ganze Regimenter, ja Brigaden und Divisionen in den schweren Kämpfen mit den Russen wiederholt fertiggebracht. Man hat über diese Dinge so lange wie möglich den Mantel schamhafter Nachsicht gebreitet. Man wollte sie nicht an die große Glocke hängen, ehe nicht die Hauptgefahr von den Völkern der Donaumonarchie ein für allemal abgewendet war. Trotzdem sprachen sie sich natürlich überall herum. Die Tschechen wußten das, aber sie hoben den Kopf nur um so höher, sie wurden nur um so herausfordernder gegen die Deutschen, bis schließlich ihr Treiben so arg wurde, daß es jede Rücksicht gegen den Staat, dem sie angehören, vermissen ließ. Da holten endlich die deutschen Parteien zum Gegenschlag aus. In der Form einer parlamentarischen Anfrage an den Kriegsminister stellten sie das ganze Sündenregister dieser eigenartigen Sorte von Vaterlandsverteidigern zusammen. Hunderte und aber Hunderte von Seiten füllte diese Aufzählung verräterischer Handlungen von einzelnen und mehr oder weniger großen Truppenverbänden, und die Interpellanten erlebten die Genugtuung, daß ihre Anfrage in öffentlicher Reichsratssitzung von dem zuständigen Vertreter der Heeresleitung in bejahendem Sinne beantwortet werden mußte. Wie Peitschenhiebe sausten diese Feststellungen auf die Tschechen nieder. Sie lärmten und tobten, konnten aber die schimpfliche Brandmarkung ihrer Soldatentreue nicht verhindern. Sie dachten natürlich auch nicht daran, etwa Besserung zu geloben, und so wird niemand sonderlich erstaunt sein über die Nachrichten, die jetzt aus der Ukraine zu uns dringen. Nur darüber muß man sich einigermaßen wundern, daß diese Gesellschaft ihre Sache noch immer nicht verlorengibt. Im Anfang des Krieges mochte sie glauben, durch Massendesertionen den Sieg der Feinde ihres Landes herbeiführen zu können — und manches Unglück, das die österreichischen Waffen in Galizien, in Polen, in der Bukowina betroffen hat, ist unzweifelhaft diesem unrühmlichen Verhalten tschechischer Truppenverbände zuzuschreiben. Aber heute? Mit dem Panslawismus ist es nach dem furchtbaren Zusammenbruch seiner Vormacht, des Zarismus, für absehbare Zeiten vorbei, und wenn der österreichische Staat trotz des Zwei- oder Dreifrontenkrieges, den auch er zu führen hatte, und trotz der inneren Schwierigkeiten sonder Zahl, die er dabei auf seinem Wege fand, seine Lebenskraft glänzend bewährt hat, so werden ihm die tschechischen Nadelstiche jetzt ganz gewiß nichts anhaben können. Es ist wohl im Grunde nur noch die Wut über das Scheitern aller ihrer heimtückischen Anschläge, die sich in diesem Verhalten der Überläufer austobt. Sie können es nicht verwinden, daß der Staat erhalten geblieben ist, den sie zertrümmern wollten, während Rußland, ihr „Mütterchen", ihre Zukunftshoffnung, ohnmächtig am Boden liegt. So wollen sie noch ganz zum Schluß auf eigene Faust ein bißchen Geschichte machen. Aber sie schneiden sich damit nur ins eigene Fleisch. Mit jenen werden wir schließlich auch noch fertig werden.

Das wunderschöne Wort von der „Nibelungentreue", das einst von Berlin nach Wien herüberklang, findet in tschechischen Ohren nur ein mißtönendes Echo. Dafür werden wir nun um so unverlierbarer im Sinne behalten, was die „Tschechentreue" an der Weltgeschichte zu bedeuten hat.

Kurland will deutsch werden.

Das Baltenland eine staatliche Einheit.

In den nächsten Tagen wird eine Abordnung des Landesrates von Kurland in Berlin eintreffen, um dem Reichskanzler von einer am 8. März in Mitau einstimmig gefaßten Entschließung in Kenntnis zu setzen, die wie folgt lautet:

1. Den Kaiser zu bitten, die Herzogskrone Kurlands anzunehmen.

2. Dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, den Abschluß von Konventionen, betreffend das Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gewichtswesen und anderer Verträge Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen.

3. Die Hoffnung auszusprechen, daß das ganze Baltenland zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde.

Als erstes der von den deutschen Waffen aus russischer Herrschaft befreiten Ostvölker spricht sich Kurland mit diesem Beschluß unumwunden für engsten Anschluß an Deutschland aus. Die Berechtigung des Landesrates, im Namen von ganz Kurland zu sprechen, ist nicht anzuzweifeln; sie ist durch die Neuordnung der Dinge, wie durch die geschichtliche Überlieferung außer Frage gestellt.

Ob die deutsche Regierung schon jetzt eine bestimmte Antwort erteilen wird, erscheint angesichts der noch unaufgeklärten Verhältnisse an der Ostfront fraglich. Die Erledigung der ganzen damit zusammenhängenden Fragen ist nicht so einfach, zumal auch der Bundesrat und der Reichstag Gelegenheit haben müssen, sich eingehend damit zu beschäftigen. Man wird indessen in der Annahme nicht fehlgehen, daß die so angebahnten Verhandlungen schließlich zu einem Ergebnis führen werden, der beide Teile befriedigt.

Svinhufvuds Flucht.

Der finnische Ministerpräsident Per Edvind Svinhufvud ist nach einer abenteuerlichen Flucht aus der Gefangenschaft der Roten Garde in Berlin eingetroffen.

Svinhufvud war es mit acht anderen Herren gelungen, der Roten Garde in Helsingfors zu entkommen. Die Flüchtlinge versteckten sich auf einem russischen Schiff in Helsingfors. Als sich der Dampfer auf offener See befand, verließen sie ihr Versteck, überwältigten die russische Besatzung und zwangen diese, den Kurs nach Reval einzuschlagen, wo sie auch glücklich eintrafen. Von Reval aus begaben sich die Flüchtlinge nach Berlin.

Chinesische Zwischenspiele.

Londoner Blätter melden aus Tientsin, daß die politischen Verhältnisse in China bald zu einer neuen Krisis führen werden. Der Präsident will zurücktreten, weil er seine Stellung für aussichtslos hält. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Gegensätze in China so groß sind, daß zu einem gemeinsamen Vorgehen von Japan und China in Sibirien keine Aussicht bestehe.

Zusammenstöße an der Sibirischen Bahn.

Die Ausfuhr von Charbin nach Wladiwostok ist verboten. Westlich von Tschita und an der Sibirischen Bahn kam es zu Kämpfen zwischen Kosaken und Bolschewiki. In der japanischen Hauptstadt wurde die Telegrammzensur eingeführt, was auf den Beginn militärischer Rüstungen hindeutet.

In der Mandschurei ist ein neuer Kosakenführer aufgetaucht, der mit einigen Getreuen gegen die Bolschewiki kämpft. Wie es heißt, erlitt er aber infolge Artilleriemangel eine Niederlage. In der Mandschurei sollen 200 000 Mann bolschewistischer Truppen stehen. Allem Anschein nach wird Sibirien zum Schauplatz heftiger Kämpfe werden.

Deutsche Truppen in Finnland.

Nach schwedischen Blättermeldungen sind bei Abo einige deutsche Truppenabteilungen gelandet.

Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, haben die Roten Gardisten in letzter Zeit besonders in schwedisch-finnischen Dörfern zahlreiche Mitglieder der männlichen Bevölkerung ermordet. Der Plan bei diesem Vorgehen ist, die bürgerlichen Elemente für die Zukunft so zu dezimieren, daß die Sozialdemokraten weiterhin die Mehrheit im Lande behalten. Der Zuzug der Roten Gardisten aus Rußland war in der letzten Zeit in Südfinnland besonders groß. Die Gesamttruppenzahl der Revolutionären soll sich auf zweihunderttausend belaufen. Allein an der Front bei Abo stehen fünfzigtausend Mann.

Die Lage auf Aland.

Zwischen den schwedischen und deutschen Kommandos auf den Alandsinseln herrschen korrekte Beziehungen. Die deutschen Truppen säubern zunächst die Inselgruppe von der Roten Garde, die ihr Schreckensregiment weiter betreibt. Unter den Ländern herrscht großer Jubel, der in Danksadressen an den deutschen Oberbefehlshaber zum Ausdruck kam.

Der Frieden mit Rußland.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Rußland muß innerhalb vierzehn Tagen, also bis zum 17. März, nur in dem Fall erfolgen, wenn es eine der Vierbundmächte verlangt. Vorläufig hat noch keine Vierbundmacht ein solches Verlangen ausgesprochen.

Der Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rumänien und den Mittelmächten dürften diese keine Hindernisse in den Weg legen, auch dürfte man sich gegen die Erwerbung des von Rumänien bewohnten Teiles Bessarabiens nicht ablehnend verhalten.

Indianer in der amerikanischen Armee.

Amerika will hinter seinen Bundesgenossen, die ihre Farbigen gegen Deutschland in den Kampf für Kultur und Freiheit führen, nicht zurückstehen. „New York Herald" meldet, daß auch Indianer in die Armee eingereiht worden seien. Diese Stellung wirft ein eigenartiges Licht auf die vielgerühmten Bestrebungen der Amerikaner, die traurigen Reste der Ureinwohner ihres Landes vor dem Aussterben zu bewahren. Nebenbei bereichert diese Maßnahme das farbenfreudige Bild unserer Feinde um eine neue Schattierung.

Deutscher Reichstag.

(128. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.

Vizepräsident Paasche eröffnet vor schwach besetztem Hause die Sitzung mit den üblichen Gedenkworten für den verstorbenen Abg. Stolle (M. Soz.). Von zahlreichen

„kleinen Anfragen"

betrifft eine des erst vor kurzem in das Haus eingetretenen Abg. Scheef (Fortschr. Vpt.) den Wunsch der kleinen gerstebauenden Landwirte statt Brotgetreide Gerste für sich einbehalten zu dürfen. Unterstaatssekretär v. Braun lehnt solche Ausnahmen ab. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Quarck (Soz.) betr. die ungleiche Kohlenversorgung der Städte und provozierende Äußerungen des Reichskohlenkommissars erteilt Direktor Müller vom Reichswirtschaftsamt eine beruhigende Antwort. Andere Anfragen beziehen sich auf die angebliche Verschärfung der Vorzensur für Zeitschriften, auf die Heranziehung von Jugendlichen unter 17 Jahren zum vaterländischen Hilfsdienst im Bereich des 5. Armeekorps und betr. ein Rundschreiben des Verbandes der Herrenkleiderfabrikanten die zwangsweise Lieferung von 25000 Anzügen, für die ein Zuschlag von 50% bewilligt worden sei. Die Reichsbekleidungsstelle bestreitet, daß das betr. Rundschreiben den Tatsachen entspreche. Schließlich erklärt noch auf eine Anfrage der Abg. v. Graefe (kons.), betr. die Internierung der Besatzung des „Igotz Mendi", ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß die dänische Regierung tatsächlich die Hilfeleistung verboten habe. Unsererseits sei Protest in Kopenhagen erhoben, der hoffentlich die sofortige Entlassung der Prisenmannschaft zur Folge haben werde. Es folgt die erste Beratung des

Gesetzes betr. die Zusammensetzung des Reichstags

und die Einführung der Verhältniswahl in den großen Wahlkreisen.

Staatssekretär des Innern Wallraf begründet die Vorlage mit längeren historischen Ausführungen. Die Zahl der Mitglieder des Reichstags wird von 397 auf 441 erhöht. Eine Reihe von Wahlkreisen wird vereinigt. In den so hergestellten neuen Wahlkreisen, sowie in einer Reihe anderer Riesenwahlkreise, beispielsweise in Großberlin, in Oberschlesien, in Sachsen und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird die Verhältniswahl eingeführt. Natürlich hat sich die Reichsleitung immer noch eine gewisse Beschränkung auferlegen müssen und die Wahlkreise nicht ohne weiteres ausschließlich auf Grund der Einwohnerzahl neubilden können. Von der Einführung der Verhältniswahl erhofft die Reichsregierung unter anderm auch eine Milderung der Wahlkämpfe, da sich im Zeichen der neuen Wahlart die Wahlkämpfe mehr von Partei zu Partei abspielen werden. (Beifall.)

Abg. Kirchhoff (Zentr.): Mit dem Entwurf beginnt zweifellos ein Stück Neuorientierung. Es wird damit, wenigstens in den größten Wahlkreisen, eine Schranke weggeräumt, durch die die Minderheiten bisher verhindert waren, das Gewicht ihrer Stimmen zur Geltung zu bringen. Eine Verfassungsänderung liegt nicht vor. Ein unbedingtes Festhalten an einer bestimmten Einwohnerzahl war auch bisher schon nicht möglich; immer mußte der Wahlkreis möglichst an einem Verwaltungsbezirk angepaßt werden. Die Bevölkerungsverschiebung hat mit der Zeit ungeheuerliche Ungleichheiten herausgebildet, die nun endlich beseitigt oder doch gemildert werden sollen. Redner macht einige Bedenken geltend, warnt vor einer Bevorzugung von Sonderinteressen und beantragt schließlich Überweisung der Vorlage an die Verfassungskommission.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF